

Zwei Dutzend Monde

Die „da capo al fine“- Kolumnen
der Jahre 2019 und 2020



Andreas Gjecaj

Vorwort

Unter dem Titel „da capo al fine“ sind in den Jahren 2019 und 2020 monatlich Beiträge erschienen, die entweder im FCG-Magazin abgedruckt oder im FCG-Blog „Vorrang Mensch“ veröffentlicht wurden. Weil es zwei sehr außergewöhnliche Jahre – u.a. mit Neuwahlen in Österreich und der weltweiten Corona-Pandemie – waren, spiegeln diese 24 Kolumnen eine sehr bewegte Zeit wider, zumindest aber zwei Dutzend Monde!

Ohne den zeitlichen Abstand eines Monats hintereinander gefügt, folgt diese Zusammenschau dem Prinzip: „repetitio est mater studiorum“ – die Wiederholung ist die Mutter des Lernens, somit der Weisheit. Oder, wie wir in der deutschen Sprache auch gerne sagen: Übung macht den Meister!

Die Texte und Bilder sind somit eine Einladung, sich etwas Zeit zu nehmen. In Ruhe diese unglaublichen 24 Monate noch einmal Revue passieren zu lassen und in der Nachlese auch Denkanstöße für die Reflexion zu finden.



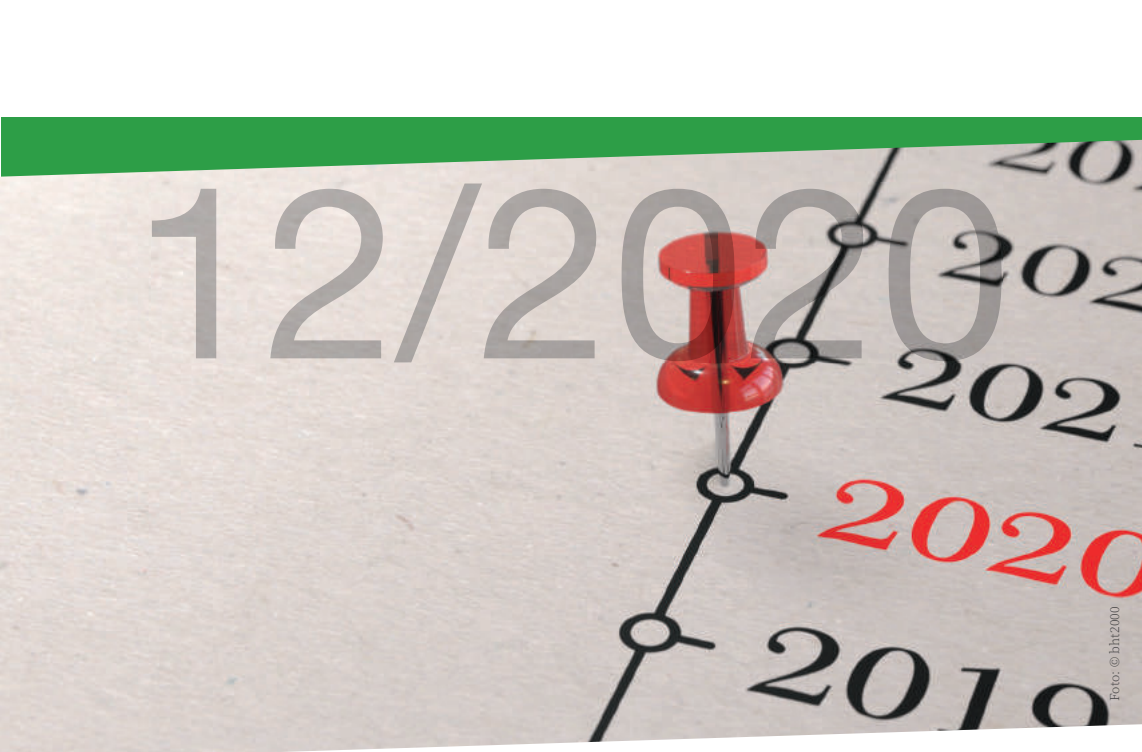
Gerade in unserer schnelllebigen Zeit, deren Kennzeichen die „rasende Beschleunigung“ aller Lebensbereiche zu sein scheint, kann ein „da capo al fine“ – ein nochmaliges Nachdenken von ganz vorne bis ganz hinten – einen Aufbruch bewirken und hilfreich bei der Klärung von Standpunkten sein.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht



Andreas Gjecaj

Generalsekretär



12/2020

2020 - was für ein Jahr!

Zweimal schaffte Österreich einen Weltmeistertitel: Im Frühjahr waren wir bei der Bewältigung der weltweiten Corona-Pandemie ganz vorne. Während es in manchen europäischen Ländern zehntausende Tote zu beklagen gab, blieb unsere Zahl unter Tausend. Im Herbst jedoch das Gegenteil: Wir hatten die weltweit höchsten Infektionszahlen in Bezug auf die Einwohner. Wie konnte das passieren?

Drei kurze Begründungen: Die erste findet sich in den Bezirkshauptmannschaften und im Wiener Magistrat. Diese waren mit dem „Contact-Tracing“ beauftragt, um Infektionsketten zu unterbrechen. Als die Ansteckungszahlen im Herbst dramatisch hochfuhren, brach dieses System

einfach zusammen. Wieso es nicht gelang, einige Tausend Menschen einzuschulen und in den BHs vor Bildschirme und an Telefonapparate zu setzen, wird wohl ein ewiges Geheimnis bleiben. Im Vergleich zu den Milliarden-Rettungsschirmen wäre dieses Behördenversagen mit überschaubaren Geldmitteln zu verhindern gewesen. Die tiefe Verunsicherung der Bevölkerung ist das Zweite. Da leisteten die Oppositionsparteien, die es nur eine Woche schafften, Parlamentsbeschlüsse mitzutragen, seither aber in völliger Hysterie jegliche Maßnahme der Regierung als falsch, unnötig und unangebracht bezeichneten, ebenso ihren Beitrag, wie zahllose Verschwörungstheorien im Internet. Und drittens flüchteten viele Österreicher/innen in kindliche Verhaltensmuster, welche Konrad Paul Liessmann so beschreibt: „Kindliches Denken und Verhalten werden nicht nur in der Politik, sondern generell zur Norm. Dass in Debatten nicht mehr debattiert wird, sondern jene von Podien ausgeschlossen werden, die unsere Gefühle verletzen, gehorcht der Logik des Sandkastens.“

Bei einer Pandemie reicht es nicht aus, den Kopf in den Sand zu stecken und wie ein trotziges Kind zu rufen: „Ich lasse mich nicht testen!“ Erwachsen sein heißt auch, für sich und die Mitmenschen Verantwortung zu übernehmen. Ohne Flucht ins Kindliche werden wir das Jahr 2021 sicher besser meistern. Hoffentlich ganz ohne Weltmeistertitel! ∞



11/2020

Foto: © Simon Damnhauer

Menschenrechte

„Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden,“ lautet der Artikel 18 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Im November 2020 wurde Österreich durch die Terrornacht in Wien erschüttert. Menschlich verständlich reagierte das „offizielle Österreich“ mit Betroffenheit und der Botschaft: „Wir müssen zusammenhalten!“ Fast reflexartig wird vor

Spaltung und Trennung gewarnt, diese würden Terroristen ja bezwecken. Auf diesem „bequemen Weg“ ist niemand gezwungen, seine Komfortzone zu verlassen. Doch es gibt auch unbequeme, steinige Wege: Was wäre, wenn wir gar nicht am selben Flussufer stehen, sondern – mit unserem westlichen Lebensstil – von muslimischen Ländern durch die (Nicht-)Anerkennung der Menschenrechte getrennt wären? Ein kurzer Blick ins Internet reicht aus, um festzustellen, dass der Abfall vom islamischen Glauben – nach unserer Überzeugung ein Menschenrecht! – in diesen Ländern unter Strafe steht, in einigen Ländern sogar unter Todesstrafe! Diese Feststellung will nicht Gesellschaft spalten, sondern eine bestehende Spaltung überwinden. Lösungen für Probleme können nur gefunden werden, wenn zuerst einmal das Problem benannt wird. Es ist in Ordnung, gemeinsam Kerzen zu entzünden, aber zugleich muss das der Beginn eines Dialoges sein, bei dem sich Menschen in die Augen schauen, einander ernst nehmen und einen gewaltfreien Weg der Konfliktlösung suchen. Wir müssen gemeinsam darum kämpfen, den Menschenrechten weltweit Geltung zu verschaffen, nur tolerant sein, ist zu wenig!

Den „unbequemen, steinigen Weg“ beschreibt Karl Popper so: „Wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“ ∞



Logos

„Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott. Im Anfang war es bei Gott. Alles ist durch das Wort geworden und ohne das Wort wurde nichts, was geworden ist.“ Mit diesen Sätzen beginnt der Prolog im Evangelium nach Johannes und wird seit rund 2.000 Jahren so überliefert.

Jedes Wort ist Teil einer Sprache. Wer jemals versucht hat, einen kurzen Text in eine andere Sprache zu übersetzen, kennt die damit verbundenen Schwierigkeiten. Denn Worte haben nicht nur eine einzige Bedeutung. Sie sind eingebettet in eine Kultur, die sich ständig ändert und weiterentwickelt. Damit ändert sich auch die „Konnotation“ von Worten, das, was jeweils „mitgemeint“ ist. Die Bibel wurde zuerst in griechischer Sprache

aufgezeichnet, dann ins Lateinische übersetzt und heute lesen wir sie in der Einheitsübersetzung in deutscher Sprache. Ja, das griechische „Logos“ kann mit „Wort“ übersetzt werden. Es hat aber auch mit abstraktem Denken, mit Logik, Geist, Verstand und Vernunft zu tun. Ein Beispiel: Beim Übergang vom Kindergarten in die Schule werden in vielen Familien Suppeneinlagen gekauft, die als Buchstaben geformt sind. Spielerisch werden Kinder so mit Buchstaben vertraut. Zugleich ist diese Situation für den Wortsinn von „Logos“ hilfreich. Denn bevor ein Wort aus einigen Buchstaben am Tellerrand liegt, muss es eine Idee geben, welches Wort geschrieben werden soll und wonach der Löffel in der Buchstabensuppe sucht. So sind auch Idee, Geist und Logik ein Teil von „Logos“.

Noch erhellender ist die Ur-Sprache der Bibel, weil der Gott der jüdisch-christlichen Tradition spricht und handelt. Das hebräische Wort für Sprechen und Handeln ist „dabbar“, welches später ins Griechische mit „Logos“ übersetzt wurde. Die Übersetzung mit „Wort“ bringt Antwort ins Spiel und Verantwortung des Menschen. Der Schweizer Dichterpriester Kurt Marti schrieb dazu: „Gott, so denkt man oft, so verkünden Eiferer lauthals, sei Antwort. Spröder sagt die Bibel, dass er Wort sei. Und wer weiß, vielleicht ist er meistens Frage: Die Frage, die niemand sonst stellt.“ ∞



Postfaktisches Zeitalter

Manche Witze haben „einen Bart“. Sie wurden schon vor 20 oder 30 Jahren erzählt und eigentlich ist die Pointe den meisten Menschen schon bekannt. Dies scheint bei einem Graffiti, welches sich schon vor 30 Jahren an den Wänden einer amerikanischen Universität fand, nicht so: „Ich habe mir meine Meinung gebildet, verschont mich mit euren Tatsachen!“ war da in englischer Sprache (opinion/facts) aufgesprüht.

Das Auseinanderhalten von Fakten und Meinungen scheint am Beginn des 21. Jahrhunderts immer weniger zu gelingen. Ja, es könnte sogar eine Ursache für die Heftigkeit der Diskussion zur Corona-Pandemie sein. Und für die Unversöhnlichkeit der Standpunkte! Ein weiterer Faktor ist die stark in Mode

gekommene „Kampf-Rhetorik“. Immer weniger scheint es darum zu gehen ein Gespräch zu führen, in einem wertschätzenden Dialog auf die Argumente der Gegenseite zu hören und auf diese Art und Weise sogar etwas voneinander zu lernen. Stattdessen wird systematisch versucht, jede andere Meinung abzuwerten, lächerlich zu machen, zu denunzieren. Solch eine Gesprächsführung ist jedem Meinungs-austausch hinderlich. Wenn sie die Trennung von Meinungen und Fakten nicht berücksichtigt, sondern alles wie in einem übergroßen „Sprach-Fleischwolf“ vermengt, zerstört sie die Brückenfunktion der Sprache zwischen uns Menschen. Es ist oft mühsam, nach einem Unfall Zeugen zum Hergang zu befragen. Manche wollen ein rotes und ein silbernes Auto gesehen haben. Andere meinen, ein blaues Auto wahrgenommen zu haben. Wie hilfreich ist in solchen Fällen eine Fotografie, die Fakten, wie z.B. die Autofarbe, außer Streit stellt. Auch wenn in unserem „postfaktischen Zeitalter“ die Meinung zunimmt, es ginge nur darum, ein möglichst glaubwürdiges Narrativ zu erzählen, bleibt die Rückbesinnung auf Fakten sinnvoll. Die gemeinsame Anerkennung der Wirklichkeit ermöglicht respektvoll geführte Dialoge.

Im Jahr 1952 sagte Konrad Adenauer: „Ich war bereit – das muss man immer sein – auch von politischen Gegnern zu lernen; denn jeder von uns hat das Recht, klüger zu werden.“ ∞



Asyl

Seit mindestens 30 Jahren ist dieser Begriff zum ungelösten Problem vieler europäischer Staaten geworden und das damit verbundene Thema „Ausländer“ befeuert seither politische Umwälzungen. Dabei stammt das Asylrecht nach der Genfer Konvention aus der Mitte des 20. Jahrhunderts und war dazu gedacht, persönlich politisch Verfolgten im damaligen „Kalten Krieg“ eine Überlebenschance zu bieten.

Ein Blick auf die Zahlen (Quelle: Eurostat) ist ernüchternd: Pro Million Einwohner lag im Jahr 2019 bei den positiven Entscheidungen über Asylanträge an erster Stelle Griechenland mit 1.735, dann Österreich mit 1.550 gefolgt von Zypern mit 1.500 und Deutschland mit 1.400. Im Mittelfeld lagen

Spanien, Frankreich und Italien mit 500 – 800 und am unteren Ende die mittel- und osteuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Rumänien mit 5 – 35! Es liegt kein Druckfehler vor, diese Zahlen wurden auch im ORF veröffentlicht und sind jederzeit nachprüfbar. Wie lassen sich – in einer faktenbasierten Diskussion – die Kampagnen der Opposition und einzelner NGOs erklären, die Österreichs Regierung als herzlos, kinderfeindlich und unmenschlich darstellen? Zwei Erklärungen bieten sich an: Die „Kraft der Bilder“ und Narrative, die mit Wahrheit nichts zu tun haben. Ja, es gibt schreckliche Zustände in Flüchtlingslagern an den europäischen Außengrenzen und selbstverständlich muss dort geholfen werden. Aber die Soforthilfe kennt unterschiedliche Formen und ist oft nicht ausreichend. Da müssen darüber hinaus auch mit politischer Kraft Verhältnisse geändert werden, die zu diesen Zuständen führen.

Welchen Wert unser ständiges Ringen um Wahrheit für unser Leben hat, beschreibt der italienische Geschichtsschreiber Carlo Ginzburg so: „Wenn die Menschheit die Unterscheidung zwischen wahr und falsch verliert, dann ist sie dazu verdammt, von dieser Erde zu verschwinden. Es ist wie mit einem Hungrigen, der sich auf Steine wirft, weil er diese für genießbar hält. Erkennt er seinen Irrtum nicht, sondern hält daran fest, verhungert er. Ohne Wahrheit sind wir verloren.“ ∞



Vierte Gewalt

„Zum Regieren brauche ich nur BILD, Bild am Sonntag und Glotze“ lautet ein bekanntes Zitat des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Es drängt sich der Verdacht auf, dass dies doch zu wenig gewesen sein könnte und er die Wahl gegen Angela Merkel – mit der mittlerweile zum Kult gewordenen „Elefantenrunde“ – im Jahr 2005 doch nicht nur ganz zufällig verlor.

Aber wie ist das mit der Gewaltenteilung und den Medien? Nicht zuletzt die Entwicklung der Europäischen Union hat verdeutlicht, wie unverzichtbar die Trennung der drei Staatsgewalten Exekutive, Legislative und Justiz ist. In jahrelangen Beitrittsverhandlungen mit Kandidatenländern

stellt diese strikte Trennung – und das Ankämpfen gegen oft vorhandene Verfilzung – eine wesentliche Säule demokratischer Rechtsstaatlichkeit dar. „Wer über die Medien von der vierten Gewalt im Staat spricht, irrt. Die Medien sind heute Kläger, Richter und Henker in einem,“ formuliert der deutsche Journalist Heinz Kerp in aller Deutlichkeit. Auch in Österreich erscheinen immer öfter Berichte, die – unter Verwendung von Teilen aus Gerichtsakten, geheimen Ermittlungen oder Zwischenberichten – seitenlang nach eindeutiger Verurteilung klingen, jedoch immer mit dem Satz enden: Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung! Während „Aufdecker-Journalismus“ in anderen Teilen der Welt lebensgefährlich ist und die Verhaftung und Ermordung von Journalist/innen in Russland, China aber auch in islamischen Ländern wie Saudi-Arabien immer wieder stattfindet, stellt sich die Frage in den gefestigten Demokratien der EU anders. Die Pressefreiheit ist ein sehr hohes und schützenswertes Gut und schließt ein, dass es keine Zensur durch den Staat geben darf. Zugleich gilt es Macht und Einfluss der Medien auf die Politik im Blick zu behalten, damit es zu keiner „Mediokratie“ – einer Medien-Herrschaft – kommt. Hier ständig Balance zu suchen und zu finden, ist eine Aufgabe, die durch das Internet und die Social-Media-Aktivitäten von Millionen Anwender/innen nicht unbedingt leichter wird, jedoch unverzichtbar ist! ∞



WEGE AUS DER KRISE

Foto: © magede-picture

Wege aus der Krise

„Der „Vorrang-Mensch-Blog“ ist die digitale Erweiterung unseres Magazins. Gelungen ist dies unserem Pressereferenten Denis Strieder im Frühjahr 2020 und die ersten Blogs beschreiben, wie wir – auf dem Wertefundament der christlichen Soziallehre stehend – von der Krise in eine „neue Normalität“ gelangen können.

Wenn wir uns an den Werten der Soziallehre orientieren, wird sehr schnell klar, dass uns unser bisheriger „way of life“ in eine – für den ganzen Planeten bedrohliche – Schiefelage gebracht hat. Ein globalisierter Markt ohne Regeln kennt nur Angebot und Nachfrage. Wenn man ihn nicht bündigt, kommen Menschen und ganze Gesellschaften unter die

Räder. Neben der Zähmung des Marktes durch soziale und ökologische Rahmenbedingungen muss auch eine neue Balance zwischen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, einem solidarischen Sozialstaat und dem Schutz der Umwelt gefunden werden. Damit wird im Kern unser Menschen- und Weltbild angesprochen. Tomas Sedlacek führt in seinem Buch: „Die Ökonomie von Gut und Böse“ aus: „Ich habe noch immer nicht das gefunden, wonach ich giere.“ Er beschreibt unsere Gesellschaft als eine, die nicht nur nicht weiß, wie sie Zufriedenheit erreichen könnte, sondern wo das nicht einmal besonders wünschenswert wäre. Wenn die Ökonomie ihr Ziel verliert, bleibt uns nur noch eins: Wachstum – ein Wachstum, das nichts kennt als sich selbst, da es kein Ziel als Maßstab hat. Solch ein Wachstum ist durch ein Gefühl der Ziellosigkeit mit Sinnlosigkeit und Heimatlosigkeit verbunden. Sedlacek fordert, nicht nur Philosoph/innen und Theolog/innen, sondern auch Ökonom/innen müssten die Frage: „Was ist der Mensch nach unserer Ansicht?“ überdenken.

Wege aus der Krise müssen sich deutlich von unserer bisherigen Art zu leben und zu wirtschaften entfernen, die nicht nur einzelne Menschen betrifft, sondern die Zukunft der Menschheit massiv bedroht und sie sind untrennbar mit Sinnfragen verknüpft. In seiner Streitschrift zur Krise „Anders denken“ schreibt Reinhard P. Gruber: „Vor uns stehen die Alternativen, nie hinter uns!“ ∞

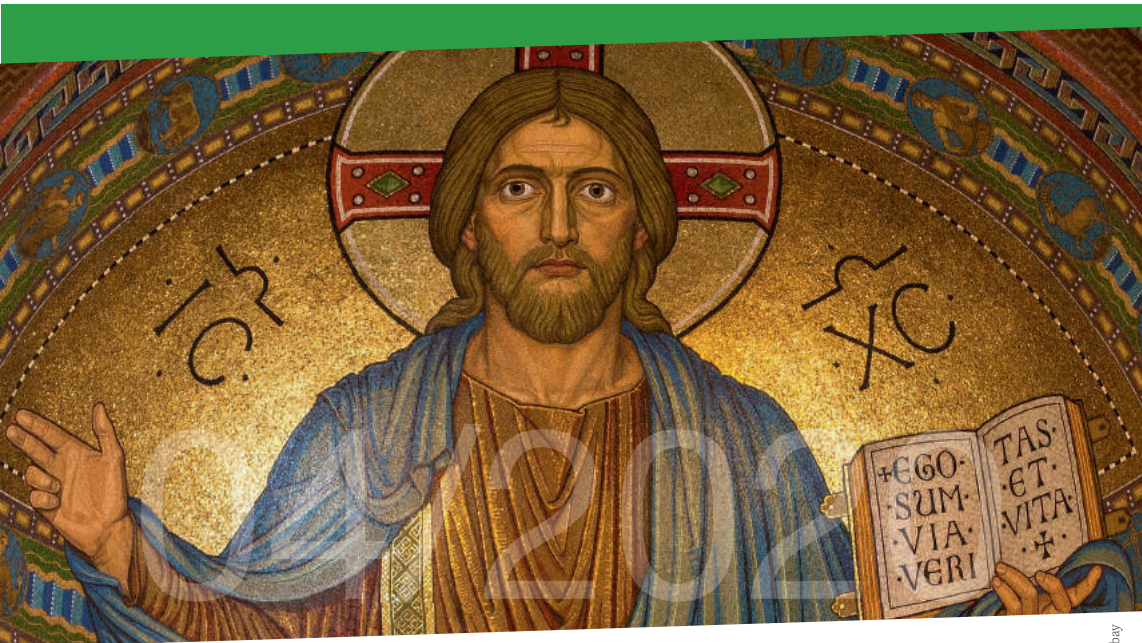


Neue Normalität

„Ich hab zwar ka Ahnung, wo i hinfahr, dafür bin i schnölla durt!“ sang Helmut Qualtinger als „Wülda mit seiner Maschin“ in den 1950er Jahren. Nach zwei Weltkriegen lag Europa in Trümmern, Österreich war mit dem Wiederaufbau beschäftigt und die Kabarettszene erlebte eine Hochblüte. Erst im direkten Vergleich wird deutlich, wie völlig anders die Lage Österreichs im Frühjahr 2020 ist – und wie unangebracht jegliche „Kriegsrhetorik“ und zur Schau gestellte Empörung. Die Maßnahmen der Regierung zum Schutz der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung waren höchst erfolgreich und für Zweifler und Verschwörungstheoretiker gilt: Der Vergleich der Zahlen macht sicher!

Ganz ohne Zweifel wird nach dem Corona-Lockdown die größte weltweite Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg zu bewältigen sein. Und die Versuchung ist groß, mit gesenktem Blick loszustürmen, um so schnell wie möglich die „Vor-Corona-Verhältnisse“ wiederherzustellen. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier und nicht zufällig gilt die „Lebensstiländerung“ in der Medizin als schwierigste Therapie! Mit scharfem Blick schildert Paul M. Zulehner die europaweite Grundstimmung der letzten Jahrzehnte: „Wir arbeiten uns zu Tode, wir amüsieren uns zu Tode und die Liebe stirbt immer öfter an Überforderung. Es ist der Versuch, den Himmel auf Erden zu erreichen. Das erste Merkmal eines solchen Lebens ist, dass es immer schneller wird, weil wir das Maßlose im Mäßigen erhaschen wollen. Solches Leben wird aber zunehmend anstrengend, anfordernd, ja überfordernd. Es wundert nicht, dass solches Leben geprägt ist von der untergründigen Angst, es letztlich nicht zu schaffen, mit seiner Jagd nach dem Glück für sich zu kurz zu kommen.“

„Eine andere Welt ist möglich“ lautete vor rund 20 Jahren ein Slogan, der mittlerweile durch die „Fridays for Future“-Bewegung um den Aspekt erweitert wurde, dass wir keinen Planeten B in Reserve haben. Also werden wir – im Unterschied zum „Wüldn“ – zuerst entscheiden müssen, in welche Richtung wir wollen. Die Chance zu einer „neuen Normalität“ zu kommen, war nie größer! ∞



Ostern 2.0

Am Beginn des 21. Jahrhunderts schien das „digitale Zeitalter“ angebrochen: Gesellschaftliche Bindungskräfte von Familien, Vereinen, Kirchen und Staaten schwanden und stattdessen bildeten sich im Internet wimmelnde Schwärme. Aus Bürger/innen wurden „Follower“. Doch dann kam Corona! Und plötzlich scheint unser bisheriges Leben alle Gültigkeit verloren zu haben.

Eine Virusinfektion, gegen die es derzeit kein Medikament und keine Impfung gibt, verändert alles. Wie in größten Teilen der Welt ist das öffentliche Leben auch in Österreich lahmgelegt. Früher belebte Straßen und Plätze sind leergefegt, Bürger/innen

harren in ihren Wohnungen aus und verfolgen gespannt die Pressekonferenzen der Regierung.

Gab es in der Geschichte der Menschheit Ähnliches? Im Buch Exodus beschreibt die Bibel das Volk Israel, welches der Sklaverei in Ägypten mit Hilfe Gottes durch die Flucht durch das Meer entkommen und monatelang durch die Wüste gezogen war. Nichts galt mehr, alles musste neu geordnet werden. Moses stieg auf den Berg Sinai. Er würde später mit den 10 Geboten wiederkehren. Das wartende Volk aber murrte, weil es nicht wusste, ob und wann er zurückkehren würde und forderte dessen Bruder Aaron auf, etwas zu unternehmen. Dieser ließ den Goldschmuck einsammeln und schmelzen. Es entstand das „Goldene Kalb“!

Diesmal ist kein Moses in Sicht, der die „10 Gebote des digitalen Zeitalters“ in seinen Händen hielte. Gleichzeitig sieht man das Vertrauen der Börsen dahinschmelzen und den Goldpreis weltweit steigen. Fastenzeit und Ostern werden 2020 völlig anders sein. Am Aschermittwoch hat uns das Aschenkreuz auf der Stirn daran erinnert, dass wir vergänglich sind. Doch das Christentum feiert in der Osternacht, dass der Tod nicht das letzte Wort hat, sondern das Leben. Von Vaclav Havel stammt der Satz: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut geht, sondern dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht!“ Die meisten Menschen werden heuer in Österreich Ostern alleine feiern müssen – untereinander verbunden nur durch moderne Medien – eben Ostern 2.0. ∞



Das neue Kommunizieren

„Sie sprechen so laut, als ob Sie Unrecht hätten!“ habe einst sein Bischof zu ihm gesagt, berichtete einmal Psychotherapeut Arnold Mettnitzer über die durchaus schwierige Gesprächssituation, als er bei seiner Erklärung, nicht mehr länger Priester sein zu können, etwas lauter geworden war.

Nicht an der Lautstärke, sondern der dahinterstehenden Haltung, sein Gegenüber „niederbrüllen“ zu wollen, lässt sich „neues Kommunizieren“ belegen. Bis vor zehn Jahren war für den/die Bürger/in die „repräsentative Demokratie“ der Normalfall. Politische Parteien haben im Interesse ihrer Wähler/innen Verhandlungen geführt, ebenso Sozialpartner, die in der Regel zu einem Kompromiss führten, mit dem beide

Seiten leben konnten. Dieser erfolgreiche Lösungsansatz wird zusehends weniger.

Ständig wachsend ist hingegen jene Gruppe von Menschen, welche das Smartphone dazu nutzt, die eigene Meinung via Facebook, Twitter und anderer Social-Media-Kanäle ins Netz zu stellen. Meist völlig ungefiltert, oft auch anonym, wobei eine Bekanntgabe der Identität als Einschränkung der persönlichen Freiheit scharf zurückgewiesen wird. Weil jede andere Meinung mit einem „wisch und weg“ verschwindet, wird in der „Blase“ Gleichgesinnter die eigene Meinung verstärkt und aufgeblasen. Dies führt neben der völligen Unfähigkeit, Kritik auszuhalten, auch zu einer neuen „Kommunikations-Unkultur“. Erstens: Egal zu welchem Thema, es werden Schreiben losgeschickt, die oft persönlich beleidigende Schimpfworte enthalten, jedenfalls aber voller Empörung sind. Zweitens: Versucht man, solch ein Schreiben mit einigen sachlichen Argumenten zu beantworten folgt drittens: sofortiger und dauerhafter Dialog-Abbruch!

Wenn Menschen nicht mehr aushalten, dass andere Menschen eben auch andere Meinungen haben dürfen und dies in „zivilisierter Form“ nach einem Austausch der Argumente zu einem „Kompromiss“ führt, sondern jeden Kompromiss als Niederlage empfinden, wird es schwierig: Jedenfalls sollten wir das Feld nicht jenen überlassen, die am lautesten brüllen! ∞



Empörungsmüde

„Ich bin ein bisschen empörungsmüde“ stellte die Wiener Vizebürgermeisterin Birgit Hebein bei der Landesversammlung der Wiener Grünen im Februar 2020 fest, um weiter auszuführen, dass es in Zukunft mehr und mehr um eine „Versachlichung“ gehen müsse. Wie wahr!

Seit 7. Jänner 2020, also seit rund einem Monat, ist die neue österreichische Bundesregierung im Amt. Wenn man jedoch manche Journalist/innen und Parlamentarier/innen der Opposition hört, erscheint die tägliche Empörung auf einem Niveau, als gelte es in Österreich mindestens 20 Jahre schlimmster Diktatur zu bekämpfen. Einen „Empörungsgipfel“ bildete in diesem ersten Regierungsmonat Kritik des

Bundeskanzlers an der Justiz. Nach einem „runden Tisch“, an dem Regierungsvertreter/innen mit Standesvertreter/innen der Richter und Staatsanwälte zusammentrafen, ging es um drei Punkte: Gerichtliche Verfahren würden teilweise viel zu lange dauern; die Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT); sowie in den letzten Jahren immer häufiger auftauchende Texte aus Gerichtsakten (Leaks), die in Zeitungen und Magazinen abgedruckt, zu einer medialen Vorverurteilung führten.

Sehr rasch konnte Einigkeit erzielt werden, dass die Justiz eben nicht einen „stillen Tod“ sterben dürfe, wie vom Justizminister der Übergangsregierung, Clemes Jabloner, angedroht. So wurden von der Regierung deutlich mehr Mittel für die Justiz im kommenden Budget zugesagt. Die Hausdurchsuchung im BVT ist bereits vom Oberlandesgericht Wien für rechtswidrig erklärt worden, was in den Medien als Debakel für das Landesgericht und die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bezeichnet wird. Und bis heute konnte niemand erklären, welchen Mehrwert es haben soll, Teile von Gerichtsakten in Zeitschriften abzudrucken. Statt solcherart einer öffentlichen „Vorverurteilung“ Tür und Tor zu öffnen, wäre es wohl sinnvoller, sämtliche Informationen – auch solche aus „Leaks“ – der Staatsanwaltschaft zu übergeben und so die „Mühlen der Justiz“ nicht zu behindern, sondern zu unterstützen. ∞

01/2020



Foto: © RK1979 - envato elements

Kreuz-Betrachtung

Das neuerbaute Wiener Krankenhaus Nord – Klinik Floridsdorf wurde als „kreuzfreie Zone“ errichtet, weil „sonst nur vielleicht ein religiöses Symbol in den Zimmern ist, und das auch andere Konfessionen diskriminieren könnte“, wie Pflegedirektor Jochen Haidvogel erklärt.

Völlig aus dem Blick geraten scheint bei dieser Betrachtung, dass Religionen wesentliche Säulen menschlicher Kulturen – auf allen Kontinenten und zu allen Zeiten – darstellen. Die Wurzeln europäischer Kultur werden gerne mit drei Hügeln beschrieben: Die Akropolis steht dabei für Philosophie und Demokratie, der Palatin für das römische Recht und Golgotha für die Religion.

Gegen das Vergessen der religiösen, jüdisch-christlichen Wurzel Europas hilft ein Blick in den Kalender: In Österreich zählen wir das Jahr 2020 nach Christi Geburt – anders als Chinesen, Muslime u.a. Kulturen, die jeweils eigene Ereignisse als Beginn ihrer Zeitrechnung nennen. In unserer Sieben-Tage-Woche folgen wir der jahrtausendealten Tradition des jüdischen „Sabbat“, der diesen gemeinsamen Ruhetag, an dem wir keine „knechtliche Arbeit“ verrichten sollen, der Menschheit geschenkt hat. Und fast alle gesetzlichen Feiertage in Österreich – Weihnachten, Ostern, Pfingsten – haben ihren Ursprung im christlichen Glauben.

Das Kreuz erinnert uns in seiner schlichten Form an zwei wesentliche Richtungen, die jeder menschlichen Kultur innewohnen: Die senkrechte Achse verbindet Himmel und Erde und steht für das „Mehr“, welches unser Mensch-Sein ausmacht und uns spirituell aus der bloßen Natur heraushebt. Die waagrechte Achse verbindet uns von Mensch zu Mensch, steht für unser Mensch-Sein als soziale Wesen, die aufeinander angewiesen sind. Die „Kreuzung“ dieser Achsen bildet so nicht nur eine Wurzel europäischer Kultur, sondern bietet gerade in schweren Stunden Trost und Hoffnung. Eine indische Weisheit lehrt uns: „Gesunde haben viele Wünsche, Kranke nur einen!“ Das Kreuz als Symbol der Versöhnung hilft aus der Unversöhnlichkeit. Schade, wenn dies von Verantwortlichen der Stadt Wien nicht mehr verstanden wird. ∞

12/2019



Foto: © kenishrotte - envato elements

Klima-Chance

„Fridays For Future“ heißt die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg ins Leben gerufene Bewegung, der es gelungen ist, endlich die seit Jahrzehnten nachzumessende Veränderung der klimatischen Bedingungen unseres Planeten (verbunden mit der Erderwärmung) in die Schlagzeilen der Medien und an oberste Stellen in Prioritätenlisten politischer Parteien zu bringen.

Wahrscheinlich wurde der Satz, dass „in jeder Krise auch eine Chance“ stecke schon überstrapaziert. Also könnte man sich den Streit, ob nun eher von einem Klimawandel, einer Klimakrise oder bloß von Naturphänomenen zu sprechen sei, die keine weitere Beachtung verdienen, ersparen. Es gilt jetzt

die Chance zu nutzen und statt zu demonstrieren endlich energisch am Steuerrad der Politik zu drehen.

Am 1. Dezember 2019 hat die neue EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist ebenso überzeugte Christdemokratin wie ihr Vorgänger, Präsident Jean-Claude Juncker, der aus dem christdemokratischen Arbeitnehmerflügel, der EUCDA, kam und mit viel Engagement die „Europäische Säule sozialer Rechte“ in der EU eingeführt hat. Als ehrgeiziges Ziel nennt die EU-Kommission die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40% und strebt an, dass die EU bis 2050 CO2 neutral wird. Dieses ehrgeizige, aber machbare Ziel wird sich nicht durch allumfassende Einschränkungen und Verbote erreichen lassen. Vielmehr gilt es das europäische Modell einer „sozialen Marktwirtschaft“, welches uns deutlich von den USA und China unterscheidet, zu einer „öko-sozialen Marktwirtschaft“ weiterzuentwickeln. Gleichzeitig sind die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung („sustainable goals“) einzubeziehen. Ein Übergang zur CO2-Neutralität muss alle Wirtschaftszweige umfassen. Durch klimafreundliche Investitionen werden neue Bereiche wirtschaftlichen Wachstums und Arbeitsplätze, z.B. in der Sanierung von Gebäuden, geschaffen.

So kann die Senkung von Emissionen für eine nachhaltige Zukunft unseres Planeten zu einer „Klima-Chance“ werden und auch Arbeitsplätze schaffen. ∞

11/2019

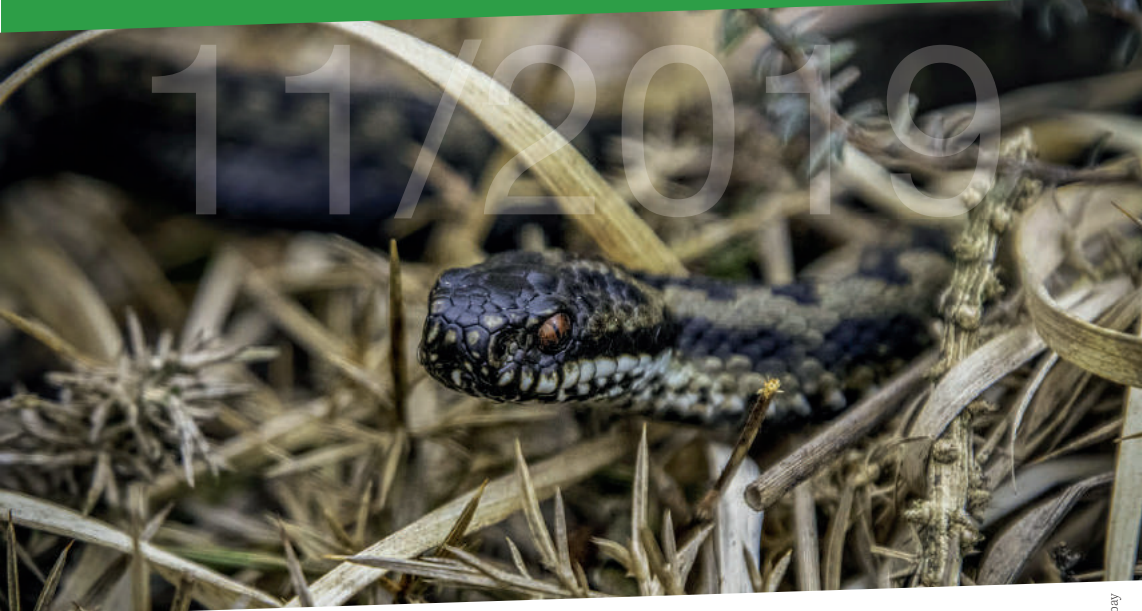


Foto: © Illuvis - Pixabay

Kreuzotter

„Video Killed The Radio Star“ lautete der Titel eines Hits aus dem Jahr 1979 – also vor genau 40 Jahren. Auf eigenartige Weise ist diese Botschaft, die uns die langhaarigen jungen Männer damals vermitteln wollten, nicht so eingetreten, wie vorhergesagt und doch ist heute unsere Medienlandschaft völlig verändert.

Zwar hat nicht das Radio die Zeitungen abgelöst und auch nicht das Fernsehen die Radios – vielmehr bestehen all diese Medien weiterhin, aber ihre Nutzung hat sich massiv verändert. Wobei spätestens mit der Jahrtausendwende von einem „digitalen Zeitalter“ gesprochen werden kann. Gerade junge Menschen, die um die Jahrtausendwende geborenen „Millenials“,

begreifen das Smartphone in ihrer Hosentasche nicht als ein Gerät, welches ihnen ermöglicht zu telefonieren, zu fotografieren und Informationen abzurufen bzw. im weltweiten Netz auszutauschen, sondern gleichsam als einen „Körperteil“, der wesentliche Teile ihrer Wahrnehmung beeinflusst oder überhaupt erst ermöglicht.

In dieser radikalen Veränderung versuchen herkömmliche Fernsehsender weiter zu bestehen und mit ihren Sendungen „Quoten“ zu erzielen. So hat auch der ORF eine neue Quiz-Show gestartet, in der Schüler/innen im Teenager-Alter jeweils zu zweit und mit Unterstützung eines Erwachsenen mit Promi-Faktor gegeneinander antreten. Schon die allererste Sendung erzeugte Ratlosigkeit. Eigentlich sollte man annehmen, dass nach neun Jahren Pflichtschule ein „Grundwissen“ erworben sein sollte. Aber wenn einfachste Fragen, z.B. welche von drei in Österreich lebenden Schlangenarten giftig sei, zwei Nattern und die Kreuzotter – nach Beratungen von Schüler/innen und Promi – mit „Äskulapnatter“ beantwortet werden, dann fehlen einem die Worte!

Die deutschen Sänger der Gruppe „Maybeop“ haben in einem ihrer Lieder gereimt: „Ob Milch schwarz oder weiß ist, ob der Papst ein Jüngling oder ein Greis ist... mein Handy weiß es!“ Es bleibt zu hoffen, dass wieder Zeiten kommen werden, in denen unsere Jugend auch ohne Handy spazieren gehen darf und weiß ... ob die Sonne kalt oder heiß ist! ∞



Die Richtung stimmt!

„Wenn der Stimmzettel gesprochen hat, so hat die höchste Instanz gesprochen“ hat der französische Schriftsteller Victor Hugo bereits im 19. Jahrhundert festgestellt. Im Herbst 2019 wurde in Österreich gewählt und – ähnlich wie in vielen europäischen Ländern – haben doch sehr unterschiedliche politische Richtungen Zustimmung erhalten.

Dies ist ja schon öfter passiert und sicher auch ein Zeichen für funktionierende Demokratien. Neu erscheint allerdings die Härte des Wahlkampfes, die sich durch die neuen technischen Möglichkeiten im Zeitalter der Digitalisierung zunehmend zu einem „Leben in Blasen“ zu entwickeln scheint. Immer deutlicher wird, dass durch das Internet – und hier vor allem

im sogenannten Social-Media-Bereich – unsere Art zu sprechen und auch Fakten zu beurteilen einem massiven Wandel unterliegt. Während man noch vor der Jahrtausendwende, also vor Beginn von Facebook und Co., immer hörte, dass Politik die „Kunst des Machbaren“ sei und daher fast immer Kompromisse gesucht und gefunden wurden, kommen gegenwärtig immer öfter schnelle Urteile: Ja/Nein oder Gut/Böse – so als würde das Leben keine Schattierungen kennen. Dies erinnert an die „Daumen oben“ Geste im Internet oder eben den sogenannten Shitstorm.

Das „Leben in Blasen“ meint, dass sich zusehends Freundeskreise mit übereinstimmender Meinung im Social-Media-Bereich bilden, weil es eben so einfach geworden ist, sich nicht länger mit anderen Meinungen oder Widersprüchen auseinanderzusetzen: „Wisch und weg“ – eine Handbewegung, die jedes Kind beherrscht – und schon kann man sich gegenseitig bestärkend auf die Schulter klopfen: Unser „Narrativ“, unsere „Erzählung“ wird – ungeachtet der jeweiligen Faktenlage – als richtig wahrgenommen oder wie am Wahlabend zu hören war: „Die Richtung stimmt!“

Nach jeder Wahl geht es darum, eine möglichst stabile Regierung für die kommende Periode zu bilden. Wir dürfen darauf hoffen, dass allen Social-Media-Blasen zum Trotz gesicherte Fakten die Basis für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen und eine stabile Regierung bilden. ∞



Qual der Wahl

Von Robert Dahl stammt der Satz: „Stille Bürger/innen sind perfekte Subjekte für Diktaturen; aber sie sind eine Katastrophe für jede Demokratie!“, den Prof. Milan Katuninec aus der Slowakei bei einer Konferenz christlicher Gewerkschafter/innen im heurigen Frühjahr in Ljubljana zitierte.

Er beschrieb in seinem Vortrag das Jahr 1989 mit dem Fall des kommunistischen Systems in Mittel- und Osteuropa mit den Worten: „Nie zuvor in der Geschichte ist Europa der Einheit in Freiheit so nahegekommen.“ Aber seit der Jahrtausendwende und durch die digitale Revolution ist derzeit wieder ein gewaltiger Veränderungsprozess im Laufen. Es besteht die Gefahr eines Verlustes von Sinn- und Wirklichkeitsbezügen.

Er forderte von den Bürger/innen in der EU kritisches Denken und sah die größte Gefahr in einem Lebensstil, der aus Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit und Leichtsinn keine Verantwortung mehr anerkennen will.

Auch wenn von vielen Seiten die Gegenwart als ein „postfaktisches Zeitalter“ beschrieben wird, müssen wir als Gewerkschafter/innen mit aller Kraft gegen die Verbreitung von Halbwahrheiten, Lügen, Fake-News im Netz – und in weiterer Folge in Gesprächen – auftreten. Falls die Beschreibung zutrifft, dass heute immer mehr junge Menschen an Stelle von „Aktivisten“ zu „Clicktivisten“ werden, die glauben, mit einem Mausklick alles erreichen zu können, müssen wir dagegen steuern. Angesichts globaler Herausforderungen, die lauten: Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel und demographischer Wandel – wird ein Knopf mit der Bezeichnung: „Click here to save the world!“ nicht ausreichend sein.

Ja, Wahlkämpfe sind oft nervenaufreibend. Aber das ungeheure Glück, in einer Demokratie zu leben sollte uns Verpflichtung sein, für den Erhalt dieser Werte einzustehen. Seien wir also keine „stillen Bürger/innen“, sondern übernehmen wir am Wahlsonntag Verantwortung für die Richtung der Politik, indem wir jene Kandidat/innen mit unserer Stimme unterstützen, die unsere christlich-sozialen Werte im Parlament umsetzen. Das ist keine Qual, sondern ein hart erkämpftes Recht! ∞



Urlaub

„Heute geh ich mich besuchen. Ich hoffe, ich bin daheim!“ sagte einmal Karl Valentin, um damit sein Publikum nicht nur zum Lachen, sondern auch zum Nachdenken zu bringen. In der Urlaubszeit erscheint dieser Satz besonders treffend und er könnte auch eine Einladung sein.

Eine Einladung, sich nicht zu schnell mit der ersten und naheliegenden Antwort zufriedenzugeben, sondern genauer hinzuschauen. Die einfache Frage, ob wir am Tag oder in der Nacht besser sehen, wird zunächst wohl mit dem Tag und dem Sonnenlicht beantwortet. Erst mit etwas Nachdenken wird einem bewusst, dass Sonnenlicht auch blendet und die Helligkeit uns auch die Sicht verstellen kann. Mögen

es einige Kilometer sein, die wir bei einem klaren Tag von einem Berggipfel aus noch sehen können, eröffnet uns eine sternenklare Nacht eine völlig andere Sicht. Am Nachthimmel können wir mit freiem Auge Sterne sehen, die Millionen von Lichtjahren von uns entfernt sind.

Ganz schnell können wir so an Grenzen unseres Denkvermögens gelangen. Ein Lichtstrahl legt in einer Sekunde 300.000 Kilometer zurück, geht also während wir 21 sagen können rund acht Mal um unseren Erdkreis. Und dann berichtet uns die Wissenschaft von Milliarden von Sternen, welche Milliarden von Lichtjahren (= der Weg, den ein Lichtstrahl nicht in einer Sekunde, sondern in einem Jahr zurücklegt) von uns entfernt sind. Völlig un(er)fassbar! Zugleich haben wir auch im 21. Jahrhundert nach Christus auf die einfachsten Fragen keine gesicherten Antworten: Wo komme ich her? Wo gehe ich hin? Und hat das alles einen Sinn?

Jeder Urlaub ist so eine Einladung, sich aus der Hektik des Arbeitsalltags etwas herauszunehmen, ganz bewusst eine Unterbrechung zu schaffen und auch genauer hinzuschauen. Ob zu Hause oder in einem fremden Land, mit einem Buch, mit Musik oder bloß in Stille. Nehmen wir die Einladung an, sich nicht blenden zu lassen, sondern diese wertvolle Zeit zu nutzen, um auch wieder einmal hinter die Dinge zu schauen. Vielleicht treffen wir auf einen spannenden Menschen, falls wir halt zu Hause sind, wenn wir uns besuchen! ∞



07/2019

Photo © photocreo - envato elements

Freispiel

Am 29. September 2019 werden in Österreich die Abgeordneten zum Nationalrat neu gewählt. Bis dahin – und wohl auch bis zur Bildung einer neuen Regierung – regiert eine „Übergangsregierung“ unser Land, welche sich auf keine parlamentarische Mehrheit stützen kann.

Fast euphorisch wurden diese Wochen bis zur Neuwahl von einigen Politiker/innen als „Zeit des freien Spiels der Kräfte“ im Parlament angepriesen. Diese Euphorie erinnert an die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als noch – vor Ausbruch des „digitalen Zeitalters“ – elektro-mechanische Flipper-Automaten die Augen zum Leuchten brachten. Das Summen, Brummen und Klingeln, die blinkenden Lichter und die silberne Kugel,

die von den beiden Flossen immer wieder in die Höhe gejagt wurde, sorgten für den Adrenalinkick, der im zu gewinnenden „Freispiel“ seinen Höhepunkt fand. Doch in der Politik haben „Freispiele“ einen bitteren Nachgeschmack: Am Ende zahlen immer die Steuerzahler/innen die Zeche! Weil die Versuchung für die politischen Parteien in der Vergangenheit allzu groß war, sich die Gunst der jeweiligen Stammwähler/innen durch „Wahlzuckerl“ zu erkaufen, ein Ratschlag aus diversen Diät-Ratgebern: Obwohl die meisten Menschen mit dem Jahreswechsel gute Vorsätze fassen und sich zu den Feiertagen zwischen Weihnachten und Neujahr die Tische mit festlichen Speisen biegen, ist es nicht so entscheidend, was wir in dieser einen Woche essen. Viel wichtiger ist, was wir im kommenden Jahr zwischen Neujahr und Weihnachten essen werden!

Daher ist auch in der Politik die „Euphorie-Bremse“ beim freien Spiel der Kräfte angesagt. Politiker/innen werden in Demokratien gewählt, um ihrem Land nach bestem Wissen und Gewissen zu dienen. In den jeweiligen Legislaturperioden ist dafür ausreichend Zeit, z.B. ist seit 1945 die SPÖ jene Partei, die in Österreich am längsten an der Macht war, sie regierte etwas über 61 Jahre. Es bleibt zu hoffen, dass mit den Wahlen an Stelle von „Freispielen“ wieder solide Regierungsarbeit die Augen der Politiker/innen – und in Folge der Bevölkerung – zum Leuchten bringt! ∞

06/2019



Ibiza-Virus

Es braucht keine prophetische Begabung um vorherzusagen, dass der Mai 2019 in die österreichischen Geschichtsbücher eingehen wird. Am Freitag, 17. Mai 2019, veröffentlichen um 18:00 Uhr deutsche Medien ein Video, in dem der österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache und der Klubobmann der FPÖ – die zu diesem Zeitpunkt noch als Koalitionspartner in der Regierung saß – Johann Gudenus zu sehen sind.

Es war im Sommer 2017 in Ibiza gedreht worden und völlig richtig sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz zum Video: „Genug ist genug!“ Die Geisteshaltung und das Sittenbild, welches Strache und Gudenus hier zum Besten geben, disqualifiziert sie

für jedwede politische Funktion – völlig ungeachtet dessen, ob sich auch strafrechtlich relevante Tatbestände in dem – über weite Strecken ja noch nicht veröffentlichten – Video befinden.

Am Samstag, 18. Mai 2019, gibt zu Mittag zunächst Strache und danach auch Gudenus seinen Rückzug aus allen politischen Ämtern bekannt. Am Abend – also rund 24 Stunden nach Veröffentlichung des Videos – kündigt Bundeskanzler Sebastian Kurz die Koalition mit der FPÖ auf und Neuwahlen an. In enger Absprache mit Bundespräsident Van der Bellen führt die Entlassung des Innenministers Herbert Kickl am Montag, 21. Mai 2019 dazu, dass auch die restlichen FPÖ-Minister zurücktreten. Bereits am Dienstag, 22. Mai 2019, wird eine Übergangsregierung vom Bundespräsidenten angelobt. Am Sonntag, 26. Mai 2019, finden die EU-Wahlen in Österreich statt, wo keinerlei Unregelmäßigkeiten festzustellen sind und die ÖVP sowie die Grünen deutliche Wahlerfolge feiern. Am Montag, 27. Mai 2019, bringen SPÖ, FPÖ und Liste Jetzt mit einem Misstrauensvotum die Regierung zu Fall – ein historisches Ereignis. Wieder agiert der Bundespräsident souverän und kann am 3. Juni 2019 neuerlich eine Übergangsregierung angeloben.

Die Republik Österreich hat in einer der größten politischen Krisen seit dem 2. Weltkrieg bewiesen, dass sie von diesem „Ibiza-Virus“ nicht angesteckt werden konnte oder, wie UHBP in Bezug auf das Video sagte: „So sind wir nicht!“ ∞

The image shows the European Union flag, which is a blue field with twelve yellow stars arranged in a circle. The flag is draped and wrinkled. Overlaid on the flag is the date '05/2019' in a large, light blue, sans-serif font. A solid green horizontal bar is at the top of the page.

05/2019

Foto: © chomes - erwato elements

Europa

„Ohne Großbritannien wäre Europa nur ein kleiner Teil Asiens“ lautet ein Spruch, den uns selbstbewusste Briten manchmal unter die Nase reiben. Obwohl die jahrelangen Verhandlungen um den Austritt aus der EU, der sogenannte Brexit, mittlerweile Politiker/innen und Bürger/innen Europas nahezu zur Verzweiflung – jedenfalls aber in die Erschöpfung – treiben, ist etwas Wahres dran. Es bleibt also spannend, ob und wann es zum Brexit kommen wird – oder eben doch nicht.

Leider scheint das Thema „Brexit“ derzeit das Einzige zu sein, welches Europas Bürger/innen noch als spannend und bewegend erleben. Das ist entschieden zu wenig – und so taucht auch bei unseren internationalen Konferenzen wie

der KGZE immer öfter die Frage auf, wie es wieder gelingen kann, die Herzen der Europäer/innen zu erreichen. Nach den schrecklichen Weltkriegen war im Gründungsjahr 1957 das – damals utopisch erscheinende – Ziel „FRIEDEN“ für alle Europäer/innen klar und verständlich – ja viel mehr noch: ihr sehnlichster Wunsch!

Heute, am Beginn des 3. Jahrtausends und nach 70 Jahren des Friedens in der EU, läuft die Suche in zwei Richtungen: Wenn wir die EU nicht zu einem Projekt der Kommissionen und der Kommissare verkommen lassen wollen, braucht es einen allgemeinen Konsens über ein gemeinsames Wertefundament. Als FCG sind wir davon überzeugt, dass unsere christlich-sozialen Werte sich dafür bestens eignen, besonders weil die Gründerväter der EU – wie Schumann oder Adenauer – sich ja ausdrücklich auf eben diese Werte berufen haben.

Zweitens existiert bereits eine schmale Spur: Vielleicht müssen wir uns in den kommenden 30 Jahren auf den Weg machen und in einem noch nie dagewesenen „Konsultationsprozess“ alle EU-Bürger/innen so einbinden und beteiligen, dass die „alten Grenzen“ – die in der Vergangenheit durch Kriege gezogen wurden – durch neue Regionen ersetzt werden, wo die Bürger/innen in einem „EUROPA DER REGIONEN“ Heimat finden. Machen wir uns „mit Herz und Hirn“ auf den Weg: Die Teilnahme an der EU-Wahl ist ein erster Schritt! ∞

04/2019



Foto: © DanThornberg - envato elements

Karfreitag

Das Frühjahr 2019 war in Österreich von einer heftigen Diskussion um Feiertage geprägt. Auslöser war ein Urteil des EuGH, wo ein Arbeitnehmer mit Unterstützung der Arbeiterkammer seine Klage vorbrachte, dass ein Kollege mit evangelischer Religionszugehörigkeit für die Arbeit am Karfreitag einen Feiertagszuschlag bekommen habe, er aber nicht. Erwartungsgemäß lautete der Spruch: Es dürfe keine Ungleichbehandlung oder Diskriminierung geben – und die österreichische Bundesregierung war gefordert, dem Parlament eine Gesetzesänderung vorzuschlagen.

Nun lässt sich trefflich darüber streiten, ob 12, 13 oder 14 Feiertage für ein EU-Mitgliedsland die richtige Anzahl

darstellen. Bekanntlich sind ja zwei bis drei Haare am Kopf relativ wenig, allerdings in der Suppe relativ viel. Und im Vergleich mit uns umgebenden und in direkter Konkurrenz stehenden Staaten stehen wir mit unseren 13 Feiertagen im vorderen Drittel. Also lautet die derzeitige Lösung: Kein zusätzlicher Feiertag, was für die bisher bevorzugte Gruppe evangelischer und altkatholischer Christ/innen bedeutet, dass sie diesen Feiertag verloren haben bzw. durch einen Urlaubstag ersetzen müssen. Ob diese Lösung hält, prüfen noch die Gerichte.

Wichtiger als rechtliche Fragen erscheint allerdings die „Abstimmung mit den Füßen“. Wer am Gründonnerstag, Karfreitag und in der Osternacht die wichtigsten Feiertage der Christenmenschen mitgefeiert hat, musste – zumindest in Österreich – feststellen, dass wohl kaum noch zehn Prozent der Bevölkerung den Weg in ihre Kirchen fand. Weil sich aber Feiertage – die wir als tragende Säulen unserer Kultur – gemeinsam feiern, ganz wesentlich von individuell konsumierbarer „freier Zeit“ unterscheiden – ist der Vorschlag der Industriellenvereinigung, ganz einfach die Feiertage abzuschaffen und zu den Urlaubstagen hinzuzurechnen, ganz entschieden abzulehnen.

Vielmehr müssen wir darum kämpfen, den Sinn unserer Sonn- und Feiertage zu erhalten und auch unseren Kindern und Enkeln zu vermitteln, weil sie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar sind! ∞



Kuh-Urteil

Der tragische Unfall einer deutschen Touristin, die auf einer Tiroler Alm von Kühen zu Tode getrampelt wurde, weil sie ihren Hund nicht von der Leine ließ, löste heftige Diskussionen aus. Das Medienecho über das Urteil, welches einen Tiroler Landwirt in erster Instanz zur Zahlung von Schadenersatz verpflichtet, scheint deswegen so gewaltig, weil der Innsbrucker Richter offensichtlich das „Wesen“ von Almwirtschaft nicht ausreichend würdigt.

Auf einigen tausend Almen werden in Österreich jeden Sommer einige hunderttausend Rinder freilaufend gehalten – und das seit vielen Jahrhunderten. Das bedeutet – und jede/r Wandernde, Radfahrende, Autofahrende, die bzw. der sich

jemals auf so einer Alm bewegt hat, weiß das – dass sich Rinder im gesamten Almgebiet frei bewegen können. Sie steigen über Felsen, liegen auf Almwiesen, stellen sich bei Regen manchmal unter Bäume und können einem oft auch auf Straßen oder Wegen begegnen. Ja, manchmal liegen sie sogar quer über einer Straße und man muss warten oder ausweichen.

Jetzt kommt der Hund ins Spiel, der – völlig unabhängig von seiner Größe, aber wegen seiner genetischen Abstammung vom Raubtier Wolf – von den Rindern als Bedrohung wahrgenommen wird. Je nach Abstand und auch Stimmung werden die Rinder auf diese Bedrohung reagieren und sollten sie – besonders bei Mutterkuhhaltung in Sorge um die Kälber durchaus gefährlich – auf den Hund zulaufen, reicht ein Handgriff, um die Leine zu lösen. Noch nie ist ein freilaufender Hund von einer Kuh verletzt, geschweige denn zu Tode getrampelt worden, weil er viel schneller ausweichen kann. Und jede/r Hundehalter/in sollte in der Lage sein, nach dem Passieren der Rinderherde den Hund wieder an die Leine zu nehmen. Ganz abgesehen davon, dass es keinerlei Zwang gibt, Hunde auf Almen mitzunehmen.

Wenn ein Richter in seiner Urteilsbegründung 300 bis 400 Meter Zaun fordert, so muss er sich die Frage gefallen lassen, welches Recht dann nach 410, 420 oder 430 Metern gelten soll? Gespannt darf man auf die Urteile weiterer Instanzen warten. ∞



Rechtsstaat

„Das Recht hat der Politik zu folgen und nicht die Politik dem Recht“, mit diesem Satz vor laufender ORF-Kamera löste der österreichische Innenminister im Jänner 2019 eine heftige Diskussion aus, die in einem Misstrauensantrag im Parlament mündete. Leider erwies sich die Interviewerin des ORF als zu wenig schlagfertig, um mit dem „Zauberwort“ Gewaltenteilung nachzufragen.

Zeit und Ort der folgenden Geschichte sind beliebig wählbar: Einem absoluten Herrscher gefällt eine Frau aus seinem Volk – doch sie ist verheiratet. Also lässt er den Ehemann verhaften und vorführen. Während er ihn betrachtet, ein rothaariger Mann mittleren Alters mit Bart, lässt er sich die Königskrone

aufsetzen und spricht: „Als König erlasse ich das Gesetz, dass rothaarige Männer mit Bart zum Tode zu verurteilen sind.“ Während der Schreiber noch das Datum unter das neue Gesetz schreibt, lässt sich der Herrscher Talar und Richterhut bringen und spricht: „Als Richter verurteile ich dich, laut Gesetz, zum Tode.“ Danach verlangt er nach der Bekleidung und dem Schwert des Henkers und spricht: „Ich werde nun das Urteil vollstrecken.“

Zwar eine böse, aber völlig frei erfundene Geschichte. Allerdings ist der Kern – als einzelner Mensch oder als ganzes Volk der Willkür eines Tyrannen ausgeliefert zu sein, ein ständiger Begleiter der Menschheitsgeschichte. Erst in den letzten Jahrhunderten konnte sich, nach Revolutionen und auch nach Rückschlägen in Diktaturen, das Prinzip der Gewaltenteilung durchsetzen. Es geht also nicht darum, „wer wem folgt“, sondern darum, dass die gesetzgebende Körperschaft, das demokratisch gewählte Parlament, die unabhängig und weisungsfrei tätige Richterschaft und die Exekutive voneinander getrennt sind. Zusammengehalten jedoch durch die Verfassung ebenso wie durch internationale Rechtsnormen, u.a. jene der EU, die von allen einzuhalten sind. Dieses komplexe Zusammenspiel bildet das Gefüge unseres Rechtsstaates und die Basis unserer Zivilisation. Darüber können wir gar nicht oft genug diskutieren! ∞



AK-Wahlen

„Za wos brauch ma des?“ lautet eine Frage, die im Dialekt gerne verwendet wird. In Bezug auf Arbeiterkammern wird diese Frage gestellt, weil es außerhalb Österreichs weltweit nur in zwei deutschen Bundesländern und in Luxemburg eine Kammer als gesetzliche Interessensvertretung für alle Arbeitnehmer/innen gibt. Eine Szene – vielleicht dem Motto folgend: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte – kommt mir sofort in den Sinn: Vor rund 20 Jahren organisierte ich ein Seminar in der Steiermark. An einem Tag besuchten wir die Landeshauptstadt Graz und hatten dabei auch einen Empfang beim Landeshauptmann und in der steirischen Arbeiterkammer. Weil die damalige Vorsitzende der Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer/innen (WBCA) – eine Inderin – gerade in Europa war, nahm sie

am Seminar und dem Besuch in Graz teil. Nach dem Grußwort des AK-Präsidenten kam sie auf mich zu, schaute sich noch einmal im Saal der AK-Steiermark um und fragte: „You are the workers in Austria?“ Noch während ich ihre Frage bejahte wurde mir – durch ihren ungläubigen und fast fassungslosen Blick klar – dass es etwas vollständig anderes bedeuten muss in Indien ein/e Arbeiter/in zu sein, als in Österreich.

Gerade das Zusammenspiel der demokratisch gewählten Betriebsrät/innen und Personalvertreter/innen und den Gewerkschaften, die in Österreich zum ÖGB zusammengeschlossen sind, mit der gesetzlichen Interessensvertretung, den Arbeiterkammern – dieses Zusammenspiel hat unser Land in eine Spitzenposition in Bezug auf Arbeits- und Sozialrecht gebracht. In vielen Ländern der Welt beneiden uns Menschen um diesen rechtlichen Schutz und um unsere soziale Sicherheit. Daher sind die AK-Wahlen im Frühjahr 2019 keine lästige Verpflichtung und schon gar keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Chance, unser hervorragendes Modell weiter zu stärken. Auch unsere Kandidat/innen, die sich in der kommenden Periode für die Anliegen der arbeitenden Menschen engagieren werden, haben sich unsere Unterstützung verdient.

Damit es am Schluss nicht heißt: „Na des hob ma braucht!“ gibt es für jede/n eine Aktion: wählen gehen! ∞

da capo al fine

Andreas Gjecaj
FCG-Generalsekretär



Impressum

Herausgeber: Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – FCG im ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Redaktion und Bildauswahl: Mag. Denis Strieder, Lukas Spring

Fotos (sofern nicht anders angegeben):

stock.adobe.com – © REDPIXEL, © christakramer,
© peterschreiber.media, © Julien Eichinger

Lektorat: Mag. Eva Schlegl

Layout: Markus Gjecaj



www.fcg.at

